

II-11038 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

B M  
W F

GZ 10.001/107-Pr/93

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER  
Parlament  
1017 Wien

5054 IAB

1993-09-03

5119 IS

MINORITENPLATZ 5  
A-1014 WIEN  
TELEFON  
(0222) 531 20-0  
DVR 0000 175

Wien, 1. September 1993

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 5119/J-NR/1993, betreffend Kernfusionsforschung, die die Abgeordneten ANSCHÖBER, Freundinnen und Freunde am 8. Juli 1993 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. In der 117. Sitzung des Nationalrates erklärten Sie anlässlich der Debatte zu unserem Antrag auf Technologiefolgenabschätzung, daß Sie gemäß einem vorliegenden Antrag für eine Folgenabschätzung durch Prof. Tichy (Beirat für Technologiefolgenabschätzung) einen diesbezüglichen Auftrag erteilen werden. Was genau ist der Umfang dieses Auftrages, die Arbeit zu welchen Inhaltspunkten ist vorgesehen, welche Personen werden sich an der Abschätzung beteiligen, wann wurde oder wird mit der Arbeit begonnen, und welcher zeitliche Rahmen ist vorgesehen?

Antwort:

Wie ich dem Nationalrat bereits berichtet habe, hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Gespräche mit der Forschungsstelle für Technikbewertung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (FTB) über die Thematik des Einflusses der EG-Fusionsforschung auf das künftige Mitglied Österreich aufgenommen; das Schwergewicht der Studie soll auf einer Abschätzung der forschungs- und industriepolitischen Auswirkungen

- 2 -

der EG-Fusionsforschung auf Österreich liegen. Selbstverständlich beinhaltet diese Fragestellung auch die Probleme einer allfälligen künftigen Anwendung von Fusionstechnologieforschung in der Energiegewinnung. Diese Studie wird somit zur Erarbeitung einer österreichischen Position hinsichtlich der Kernfusionsforschung beitragen. In diese Studie wird auch das Ergebnis der Evaluierung und der daraus abgeleiteten Empfehlungen der österreichischen Forschung auf dem Gebiet der Physik einfließen, da Fusionsforschung einen Teil dieses Forschungsreiches darstellt. In einer ersten Phase sind einschlägige ausländische Studien zusammenzufassen, aufzubereiten; in der zweiten Phase soll der erarbeitete Sachverhalt mit den österreichischen Verhältnissen und Bedürfnissen in Beziehung gesetzt werden.

Obwohl die fachlichen und personellen Kapazitäten diesbezüglich in Österreich sehr begrenzt sind - wenn man aus Objektivitätsgründen nicht direkt in diesem Gebiet arbeitende Wissenschaftler, die meist auch Auftragnehmer des ho. Ressorts sind, einschließen möchte -, konnten inzwischen die Sondierungen für ein kompetentes Auftragnehmer-Team abgeschlossen werden: Die Studie soll von der FTB unter der Leitung von Univ.Prof. Dr. Tichy in Zusammenarbeit mit Univ.Prof. Dr. Pucker vom Institut für Theoretische Physik der Universität Graz durchgeführt werden und voraussichtlich Ende 1993 abgeschlossen sein.

2. Erachten Sie es als sinnvoll, bzw. werden Sie für die Dauer der Erstellung und die Diskussion der Ergebnisse der Folgenabschätzung eine weitestgehende Nachdenkpause in der österreichischen Fusionsforschung vorschlagen?

Antwort:

Wie ich schon mehrfach festgestellt habe, wurde die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der thermonuklearen Fusion in Österreich bisher nur in einem Ausmaß durchgeführt, das gestat-

- 3 -

tet, ein kompetentes Know-how zu schaffen und für kritische Beobachtung der internationalen Aktivitäten zu erhalten. An dieser Haltung bzw. dieser Einstellung der österreichischen Bundesregierung zur Fusionsforschung hat sich bis heute nichts geändert (die Notwendigkeit einer Nachdenkpause scheint daher nicht gegeben).

3. In Ihren Ausführungen erwähnten Sie, daß laut Fusionskommission ehestmöglich eine Entscheidung über die weitere Vorgangsweise zur Koordination der österreichischen Kernforschungsaktivitäten hinsichtlich der Aktivitäten der Länder des EWR bzw. der EG getroffen werden soll. Ist Ihnen bekannt, ob es seither Sitzungen der Kommission gegeben hat, und wenn ja, was war konkret Inhalt und Ergebnis dieser Sitzung(en) in Bezug auf die weiteren österreichischen Fusionsforschungsaktivitäten?

Antwort:

Die letzte Sitzung der "Kommission für die Koordination der Kernfusionsforschung in Österreich" vor der Sommerpause hat am 15. Juli 1993 in Anwesenheit des Präsidenten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften stattgefunden. In dieser Sitzung wurde von Präsident Univ.Prof. Dr. Welzig betont, daß die Österreichische Akademie der Wissenschaften auch weiterhin bereit ist, die Kommission für die Koordination der Kernfusionsforschung in Österreich zu führen und zu betreuen, wobei jedoch vorgeschlagen und beschlossen wurde, zusätzlich zur Kommission einen wissenschaftlichen Beirat, bestehend aus ausländischen Experten, zur Verbreiterung der Begutachtungs- und Diskussionsbasis einzuberufen. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften hat es übernommen, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hochrangige ausländische Wissenschaftler als Mitglieder dieses Beirates auszuwählen und zur Mitarbeit einzuladen. Über weitere, die derzeitigen Forschungsaktivitäten überschreitende Arbeiten wurde bei dieser Sitzung der Kommission nicht diskutiert.

- 4 -

4. Gibt es im Zusammenhang mit den EG-Beitrittsverhandlungen (bzw. "exploratorischen Gesprächen"), Bereich Forschungsrahmenprogramm "Sicherheit/Kernspaltung" und "Kernfusion" in Österreich noch ungeklärte Fragen, wenn ja welche sind das, wann ist mit einer endgültigen Positionierung zu rechnen, bzw. welche endgültige Position wurde fixiert?

Antwort:

Für Fragen betreffend EURATOM ist primär das Bundeskanzleramt zuständig. Mit Genugtuung kann aber festgestellt werden, daß das Atomsperrgesetz außer Diskussion steht.

Für die Arbeiten des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ist von Bedeutung, daß die bisherige Ausarbeitung und Diskussion des 4. Rahmenprogrammes der EG wesentliche Hinweise gibt, daß dieses Programm gegenüber dem 3. Rahmenprogramm eine Neuorientierung erfahren wird. Dies zeigt sowohl die Aufnahme von neuen Forschungsthemen, wie. z.B. Verkehrsentwicklung im Zusammenhang mit Energie- und Umweltfragen oder auch sozioökonomische Fragestellungen und vor allem Forschungen zu Akzeptanzproblemen sowie Technikfolgenabschätzung. Besonders die Diskussionen der Vorschläge für das 4. Rahmenprogramm im Europäischen Parlament kommen den Intentionen Österreichs, mehr Priorität und somit mehr Finanzmittel für nichtnukleare Forschungen aufzuwenden, sehr entgegen. Österreich hat mehrfach z.B. im CREST-Ausschuß der EG deponiert, daß wesentlich größere Priorität der nichtnuklearen Forschung zuerkannt werden muß.

Bei Betrachtung der Budgetziffern ist zu beachten, daß für den Bereich nukleare Forschung das Schwergewicht der Finanzierung bei der EG selbst liegt, während die Finanzierung nicht-nuklearer Forschung durch die EG nur Impulse für die zahlreichen nationalen Programme der Mitgliedsstaaten klarstellt.

- 5 -

5. In der 117. Sitzung des Nationalrates sagten Sie, für das Jahr 1994 liegen Fusionsforschungsprojekte der Kommission an die Akademie bzw. an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Höhe von insgesamt 9,743 Mio.öS vor. Sind Ihnen zusätzlich Ansuchen oder Projekte im Zusammenhang mit der Fusionsforschung in Österreich bekannt, wenn ja, in welcher Höhe und mit welchem Inhalt?

Antwort:

Wie ich dem Nationalrat in der 117. Sitzung berichtet habe, liegen für 1994 Anträge für Forschungsprojekte der Kommission an die Österreichische Akademie der Wissenschaften bzw. an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Höhe von insgesamt 9,743 Mio.öS vor. Bei allen diesen Projekten handelt es sich, wenn auch in einem etwas vergrößerten Umfang, um solche, die bereits laufen und vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung finanziert wurden (für 1993 wurden Forschungsarbeiten in Höhe von rund 5,6 Mio.öS vergeben). Da sich, wie bereits in der Beantwortung der Frage 2 festgestellt, die Haltung der Österreichischen Bundesregierung zur Fusionsforschung bisher in keiner Weise geändert hat, wird daher - vorbehaltlich der noch ausstehenden Beratungen über das Budget 1994 - vom ho. Ressort aus keine Veranlassung gesehen, den bisher jährlich vorgesehenen Finanzierungsrahmen von 4,5 Mio.öS bis 5,5 Mio.öS zu verändern.

Forschungsprojekte, die von anderen Forschungsstellen gefördert werden könnten, sind dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nicht bekannt; erfahrungsgemäß gibt es aber kaum derartige von anderen Stellen finanzierte Projekte, unter der Voraussetzung, daß Forschungsprojekte zum Thema Plasmaphysik nicht irrtümlich der Fusionsforschung zugerechnet werden.

Der Bundesminister:

